

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: GJBW

Beschlussdatum: 19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 338 bis 348:

Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. ~~Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus auf diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit im Bundesgebiet rechtfertigen, aktiv wird, unterstützen wir weiterhin. Entscheidend ist, dass niemand in Unsicherheit oder Perspektivlosigkeit lebt. Faire Verfahren und frühzeitige Unterstützung verhindern, dass Menschen durchs System fallen oder in schwierige Situationen geraten. Wir setzen auf Prävention durch schnellen Zugang zu Arbeit, Ausbildung, Schule, Sprachförderung sowie psychosoziale Beratung und Traumabegleitung, um stabile Lebensperspektiven zu schaffen. Die Härtefallkommission sorgt dafür, dass humanitäre Gründe und persönliche Notlagen anerkannt werden. Zur Beschleunigung von Verfahren vereinfachen wir die Identitätsklärung, indem auch Geburtsurkunden oder andere Dokumente anerkannt werden. So können Menschen, die bereits hier sind, schnell Klarheit und Sicherheit erhalten und vollständig am gesellschaftlichen Leben teilhaben.~~

Begründung

Der vorherige Text betonte Abschiebungen für straffällige Personen und Rückführungen als Standardmaßnahme. Das reduziert Integration auf reaktive Kontrolle und behandelt Menschen nur dann als schutzwürdig, wenn sie keine Probleme verursachen. Eine solche Haltung erzeugt Unsicherheit, blockiert Teilhabe und kann Menschen in prekäre oder kriminogene Situationen drängen. Die neue Formulierung setzt auf Prävention, schnellen Zugang zu Arbeit, Bildung, Sprache sowie psychosoziale Unterstützung und ermöglicht so Sicherheit durch Teilhabe statt durch Ausschluss. Sie rückt Menschenwürde und Humanität in den Mittelpunkt, vereinfacht und beschleunigt Verfahren, um Unsicherheit zu verringern, und versteht Integration als Folge guter Rahmenbedingungen, nicht als Belohnung für angepasstes Verhalten. Damit macht die Änderung die Politik progressiv, inklusiv und zukunftsorientiert statt repressiv und bedingungsabhängig.